

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

27.7.1906 (No. 253)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. Juli.

№ 253.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

August und September

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 24. d. M. den Gerichtsschreiber Karl Wesserer beim Amtsgericht Vorberg in gleicher Eigenschaft zum Amtsgericht Mannheim versetzt.

Mit Entschliessung des Großh. Verwaltungshofs vom 20. Juli 1906 wurde Finanzassistent Otto Bea zum Verwaltungsassistenten an der Heil- und Pflanzheim ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Wahllehren.

Ueberblickt man die Wahlthätigkeit, soweit sie seitens der bürgerlichen Parteien bei den soeben erfolgten Reichstags-erwahlungen entfaltet worden ist, so kann man aus ihr für die spätere allgemeinen Hauptwahlen in mehrfacher Hinsicht lernen, wie man es nicht machen soll. Vor allem wird angeführt der Vorgänge in Altona-Fierzohn von verschiedenen national geminteten Parteiorganen mit vollem Rechte die Forderung erhoben, daß die konfessionelle Streitart endlich begraben werden möge, zumal die Gleichberechtigung der Konfessionen im Deutschen Reiche nirgends in Frage gestellt ist. Eine weitere Beobachtung ist es, daß der theoretische Gedanke der Einigung des Liberalismus praktisch noch sehr weit von seiner Verwirklichung entfernt ist, und daß, wenn nicht von vornherein in größeren Bezirken eine allgemeine Verständigung zustande gekommen ist, in den einzelnen Wahlkreisen der Parteigoismus und der Mandatsjäger das Gefühl für das Einigende bei den in Betracht kommenden Parteien zu überwiegen pflegt. Allgemein darf wohl gesagt werden, daß eine Einigung des Bürgertums im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auf der Grundlage zu erfolgen hat, daß die bürgerlichen Parteien unter Beiseitelegung des Trennenden und Hervorhebung ihres gemeinsamen Interesses der Zurückdrängung der Sozialdemokratie sich in voller Loyalität auf den jeweils aussichtsreichsten Kompromißkandidaten einigen. Als das Muster eines Einigungsversuches konnte man deshalb die im Wahlkreis Hagen-Schwelm von christlich-sozialer Seite ausgegangenen Bestrebungen, mit Ausschluß der Freisinnigen Volkspartei eine Kompromißkandidatur von Zentrum, Nationalliberalen und Christlich-Sozialen zuwege zu bringen, nicht ansehen, da durch ein solches Vorgehen alles mögliche bezweckt oder erreicht, nur nicht das Hauptziel, die Zurückdrängung der sozialdemokratischen Mitbewerbers, aussichtsreich verfolgt würde. Mit vollem Recht hat deshalb auch Professor Dr. Franke, dem die von christlich-sozialer Seite angeregte, seltsame Kompromißkandidatur übertragen werden sollte, die Annahme verweigert, da er nur eine Kandidatur aller vier Parteien annehmen zu dürfen glaubte, weil alle vier Parteien in der Gesellschaft für soziale Reform zusammen arbeiten. Dieser Standpunkt ist vollkommen korrekt, während eine bürgerliche Einigung über den Kopf der bei weitem stärksten bürgerlichen Partei hinweg bei der Bedeutung der Sozialdemokratie im Wahlkreis selbstverständlich niemals erfreuliche Früchte hätte zeitigen können. Weiterhin haben diese neuesten Wahlschmarmsel auch die Frage der wirksamen Organisation und der Vertiefung der politischen Arbeit wieder angeregt. Man muß hier immer wieder, so wenig rühmend sie sonst ist, auf die Sozialdemokratie als Muster der Emsigkeit in der Ausgestaltung ihrer Wahlverbände und der Anspannung aller irgend verfügbaren agitatorischen Kräfte hinweisen. Die sozialdemokratische Kriegsschule und die sozialdemokratische Parteikorrespondenz sind beachtenswerte Neugründungen. So viel sich gegen beide Gründungen vom Standpunkt des Bürgertums einwenden lassen wird, daß sie den spezifisch sozialdemokratischen Zwecken gute Dienste erweisen und die Aufklärungsarbeit der nationalen Organe im Kampfe gegen die sozialdemokratische Wähler-

beit erschweren können, wird sich nicht bestreiten lassen. Insbesondere von der Art und Einrichtung der Parteikorrespondenz könnten auch die bürgerlichen Parteien manches lernen, da ähnliche Organe hier nicht oder nicht wirksam ausgebildet sind. Die Funktion der Korrespondenz als Zentralauskunftsstelle und Nachweisungsbureau, insbesondere bei Wahlkämpfen, erfordert, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ betont, volle Beachtung und Nachahmung auch seitens der bürgerlichen Parteien, die bei den allgemeinen Wahlen die Hauptarbeit den Wahlkreisen selber zu überlassen lieben, statt in größeren Bezirken Zentralorganisationen zu schaffen, die fortlaufende Beziehungen mit den Vertrauensmännern und Kandidaten der einzelnen Bezirke zu unterhalten vermögen. Auch eine Einigung über verschiedene gemeinsame Kandidaturen müßte infolge der Möglichkeit der Gewährung von Kompensationen erleichtert werden, wenn nicht jedesmal, wie jetzt, der Reihe nach bei den aufeinander gefolgten Erwahlungen von Fall zu Fall entschieden, sondern eine Aktion größeren Stiles geplant werden könnte.

England und Aegypten.

Sir Rudolf Slatin Pascha, der Generalinspektor des englisch-ägyptischen Sudan, ist in Wien eingetroffen. Als Rudolf Slatin zog er vor einem Vierteljahrhundert nach Afrika, mit der hohen Würde ausgestattet, lehrte der Mann, dessen Namen im Morgen- wie im Abendlande mit Bewunderung genannt wird, alljährlich heim, um sich von den Strapazen im Sudan zu erholen. Einem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ gegenüber hat sich Slatin über die gegenwärtige kritische Lage in Aegypten ausgesprochen. Wir lassen seine Darlegungen als Ergänzung unseres jetzigen Leitartikels nachstehend folgen. Slatin jagte:

Seit dem Grenzkonflikt von Akabah, der bekanntlich dadurch beigelegt wurde, daß die Pforte in allen Punkten nachgab und hierdurch die englische Vormundschaft in Aegypten und das Recht der Vertretung der Interessen des Landes quasi anerkannte, hört und sieht man von dem Aufkommen des Fanatismus der einheimischen Bevölkerung und von einer Gärung, die leicht einen bedrohlichen Charakter annehmen könnte. Sir Edward Grey hat bekanntlich am 5. Juli im englischen Unterhause erklärt, diese fanatische Stimmung sei nicht auf Aegypten beschränkt geblieben, sondern habe sich die nördlichen Gebiete Afrikas entlang fortgepflanzt. Die Symptome dieser Stimmung können in der Tat niemandem entgehen, der in Aegypten mit dem Volke Fühlung hat und der die Propaganda kennt, die von den Leitern der jung-ägyptischen Bewegung temperamentvoll betrieben wird. Diese Nationalisten können mit ihrer Agitation um so eher Erfolg erzielen, als sie nicht nationalen Gründen mit besonderem Nachdruck religiöse ins Feld führen. Auf die Religionsfrage ist das Hauptgewicht zu legen, denn diese rührt auch den Mind mancher Mohammedaner, die sonst vorurteilsfrei anerkennen, welche großen Segen die englische Herrschaft, das ehrliche, energische Wirken des Lord Cromer für Aegypten bedeutet. Selbst der Hellsehende weiß das, denn er spürt es am eigenen Leib. Er weiß, daß er sein Land in Ruhe und Frieden bebauen, daß er seine Ernte verkaufen kann, ohne Wucherern in die Hände zu fallen, weil er von der Staatsbank Vorstöße gegen geringe Interessen erlangt. Die höher stehenden Mohammedaner sehen, daß der allgemeine Wohlstand des Landes stark gewachsen, der Wert von Grund und Boden enorm gestiegen ist, durch planmäßige Bewässerung von Ländereien, die früher brach dalagen, viele Millionen an Werten gewonnen werden und trotz Verminderung der Steuern das Staatseinkommen sich jährlich erhöht. Sie müssen aber auch zugeben, daß ihre Religion nicht bedroht wird. Der Islam ist als Staatsreligion anerkannt, in die Angelegenheiten des Volk (Religionsfonds) mischt sich die englische Regierung nicht ein, die Verwaltung desselben ist in den Händen von Mohammedanern, eine Reihe von Moscheen wird subventioniert, in den Schulen wirken mohammedanische Lehrer und aus Europa werden Kräfte hauptsächlich nur für jene Fächer gewonnen, die von den Eingeborenen nicht gelehrt werden können, so für technische Wissenschaften, Literatur usw.

Daß trotzdem in vielen Kreisen Haß gegen die Engländer herrscht, muß zugegeben werden, ist aber auch begreiflich. In jedem Lande, das von Fremden beherrscht wird, gibt es Haß oder wenigstens Abneigung gegen die Fremden, um wie viel mehr dort, wo der Religionsunterricht in Frage kommt. Und das nicht die jung-ägyptische Partei aus.

Diese Partei verfolgt politische Ziele, ihre Führer eigennützige Zwecke. Die Affäre von Akabah bot ihnen willkommene Gelegenheit, gegen die Fremden zu hetzen, den Islam als bedroht hinzustellen und gegen die Christen zu wettern, die sich herausnehmen, über Mohammedaner zu herrschen. Damit erweckten sie den schlummernden Fanatismus in den Gemütern, denn in Fragen, die den Sultan als obersten Schutzherrn des Islam und den Islam selbst betreffen, versteht selbst der ruhig denkende Moslim keinen Spaß; er wird leider oft einseitig, er ist sich, um seine Religion, sein heiliges Gut, zu verteidigen, und es ertönt der Ruf: Gott möge den Rechtgläubigen gegen die Ungläubigen zum Siege verhelfen!

Daß die Agitationen unter den gegebenen Verhältnissen eine große Gärung hervorgerufen haben, hat sich bei der Affäre von Akabah gezeigt. Ein solcher Ueberfall auf englische Offiziere hätte sich in früheren Jahren wohl kaum ereignet.

(Mit einer Landtaasbeilage.)

Man würde aber zu weit gehen, wenn man behauptet, daß momentan eine ernste Gefahr droht und der Ausbruch eines Kampfes in Waide bevorsteht. Um aber einer solchen Gefahr in Zukunft vorzubeugen, ist es nötig, zu zeigen, daß England nicht nur den Willen, sondern auch die Macht hat, seine Stellung in Aegypten zu behaupten. Man wird die Garnisonen verstärken, und die Aegyptier wissen, daß hinter jedem einzelnen Engländer Hunderte in nächster Nähe stehen, um jede Ausschreitung zu rächen.

England wird wie bisher die mohammedanische Religion nicht nur respektieren, sondern auch die Ausübung religiöser Funktionen unterstützen und die religiösen Führer ehren. England hat und wird auch in Zukunft die Traditionen und Gebräuche der ägyptischen Bevölkerung berücksichtigen und entgegenkommen zeigen, wird aber mit eiserner Hand und rücksichtslos jeden Versuch, die bestehende Ordnung zu ändern, unterbrücken, und dies nicht für egoistische Zwecke, sondern zum Wohle aller, seien es nun Christen oder Mohammedaner.

Die Ansicht, daß die Regierung sich auf die ägyptischen Offiziere und Soldaten nicht verlassen könne, da sich in ihren Reihen bedenkliche Symptome gezeigt hätten, ist nicht begründet. Es ist bisher nicht der geringste Grund vorhanden, an ihrer Loyalität zu zweifeln. Auch der Umstand, daß englische Offiziere an der Spitze der ägyptischen Armee stehen, beeinträchtigt ihre Treue nicht. Man vertritt, daß diese Armee nie von Aegyptern, sondern von Türken geführt wurde und als einmal ein Araber — Achmed-el-Arabi — zur leitenden Stelle berufen wurde, war eine Erhebung gegen den Vizekönig und die Türken die Folge. „Araber- und Türkenblut tochen nicht in einem Topfe“, sagt das Sprichwort.

Kaiser Wilhelm in Aalefund.

(Telegramme.)

* Aalefund, 26. Juli. Seine Majestät der Kaiser ist gestern nach guter Fahrt hier eingetroffen. Nach seiner Ankunft wurde der Kaiser, dem die Bevölkerung einen enthusiastischen Empfang bereitet, durch den Bürgermeister, die Stadtbehörden, den Pfarrer und den deutschen Konsul begrüßt. Der Vorjüngling des Stadtrates hielt eine Ansprache, in der er der unaussprechlichen Dankbarkeit der Stadt für die hochherzige Hilfe, die der Kaiser durch Brandungslut vor 2½ Jahren so schwer geschädigten Bevölkerung in so reichem Maße zuteil werden ließ, Ausdruck gab, und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser schloß. Der Kaiser dankte für den ihm bereiteten Empfang und für die freundliche Ansprache. Es sei ihm Herzensbedürfnis, auszusprechen, wie lieb ihm Norwegen sei, an dessen gastlichen Gestaden er alljährlich Ruhe und Erholung von der Last der Arbeit fände. Schon bei seinem Besuche vor zwei Jahren habe er den Eindruck gewonnen, daß die Bevölkerung Aalefunds in feinem Gottvertrauen und froher Zuversicht in die Zukunft sich in angestrebter Arbeit und mit Anspannung aller Kräfte an den Wiederaufbau der Stadt machen werde. Hierin habe er sich nicht getäuscht, denn in der kurzen Frist von zwei Jahren sei die Stadt aus der Asche neu entstanden. In Norwegen fühle er sich als Gast des Königs Haakon, welchem die Bevölkerung Aalefunds vor kurzem ihre Huldigungen hätte darbringen können, und der es an väterlicher Fürsorge für die Stadt niemals fehlen lassen werde. Der Kaiser schloß mit einem dreifachen Hurra auf König Haakon. — Als dann wurde eine Rundfahrt durch die neuen Teile der Stadt unternommen und nach einstündigem Aufenthalt die Reise nach dem Geirangerfjord fortgesetzt.

* Hellefyllt, 26. Juli. Seine Majestät der Kaiser ist nach sehr guter Fahrt vor Merok eingetroffen. An Bord ist alles wohl.

Die interparlamentarische Friedenskonferenz.

(Telegramme.)

* London, 26. Juli. Die internationale parlamentarische Konferenz saßte in ihrer gestrigen Sitzung einen Beschluß, in welchem der Haager Friedenskonferenz die Frage der Einschränkung der Kriegsrüstungen überwiesen wird und in welcher ferner die Delegierten aufgefordert werden, die Frage in ihren Parlamenten zur Sprache zu bringen. Sodann gelangte ein von den Delegierten Dr. Eichhoff-Deutschland und Graf Apponyi-Ungarn unterstützter Antrag des Belgiers Franc zur Annahme, der dem Wunsch Ausdruck gibt, die nächste Haager Friedenskonferenz möge den Begriff der Kriegskonventionen vertraglich dahin begrenzen, daß darunter nur Waffen, Munition und Explosivstoffe zu verstehen sind; ferner möge die Friedenskonferenz als Grundgesetz festlegen, daß weder das Schiff, das Kontorbande führt, noch die Güter, die sich an Bord befinden, unter den Begriff der Kontorbande fallen und zerstört werden dürfen. Die Konferenz solle die weitere Bestimmung treffen, daß privates Eigentum für die kriegsführenden Parteien sowohl zur See als zu Lande unantastbar

sei. Hierauf wurde die Konferenz geschlossen. — Ueber tausend Personen nahmen an einem Frühstück teil, das von Unterhausmitgliedern den Delegierten der Konferenz gegeben wurde. Auch der russische, deutsche, französische und amerikanische Botschafter waren bei dem Feste anwesend.

* London, 26. Juli. Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz, an ihrer Spitze Lord Weardale, wurden heute vormittag im Buckinghampalast von Seiner Majestät König Edward empfangen. Als Vertreter der britischen Parlamente waren der Lordkanzler und der Sprecher des Unterhauses zugegen.

Aus den Kolonien.

(Telegramme.)

* Berlin, 26. Juli. Ein Telegramm des Gouverneurs aus Dar-es-Salam meldet die Wiederaufnahme der Operationen durch zwei Abteilungen des Hauptmanns Kirisch, Chef der fünften Kompanie in Sirafu, da die Aufständischen die Unterwerfungsbedingungen Auslieferung der Waffen und der Führer unerfüllt ließen. Im übrigen hat die Erfüllung der Unterwerfungsbedingungen begonnen. Hauptmann Schönberg meldet aus Livala die Ergreifung des Rebellenführers Abdallah Schimani.

* Hamburg, 26. Juli. Der Dampfer „Eduard Voermann“ ist von Südwestafrika kommend, heute früh hier eingetroffen. Der Dampfer hat an Bord 7 Offiziere und 214 Mann und außerdem 462 Erholungsbedürftige.

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* Merano, 25. Juli. Zu der Lohnbewegung der Textilarbeiter wird gemeldet, daß die Ortsleitung der Textilarbeiter Glauhaus und Merano von den vereinigten Webereien beide Städte auf ihre Eingabe um eine 20proz. Lohnerhöhung heute die Antwort erhielten, daß die vereinigten Webereien es ablehnen, mit der Ortsleitung zu verhandeln. Wenn die Arbeiter Veranlassung hätten, über den Tarif zu verhandeln, so müßten sie an die gegenseitig anerkannte Kommission verwiesen werden, die bisher alle Streitfragen zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigte, was auch für die Zukunft zu erwarten sei.

* Budapest, 26. Juli. Gestern abend um 6 Uhr stellten sämtliche hiesigen weizenmahlenden Mühlen ihren Betrieb ein. Etwa 3000 Arbeiter wurden entlassen.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Die Gründe für die Dumaauflösung.

* St. Petersburg, 25. Juli. Die „St. Petersb. Telegr.-Agentur“ ist in der Lage, folgende Mitteilungen über die Gründe zu machen, die zu dem Entschlusse führten, die Reichsduma aufzulösen: Vom ersten Tage ihres Bestehens an hat die Duma alle Grenzen des Gesetzes überschritten. In der Antwortadresse auf die Thronrede verlangte sie eine Abänderung der Grundgesetze durch die Abschaffung des Reichsrates und der Schaffung eines verantwortlichen Kabinetts. Durch ihr auf die Expropriation des Landbesitzes gegründetes Agrarprogramm hat sie unerfüllbare Hoffnungen erregt und die schon geringe Achtung vor fremdem Eigentum verringert. In ihren Reden haben die Mitglieder der Duma beständig die Regierung diskreditiert, indem sie diese sogar der Veranlassung von Judenhegen und Unruhen beschuldigten. Indem die Duma Delegierte nach Bjalystok entsandte, hat sie offen darnach gestrebt, sich die Macht der Exekutive anzumessen. Vierzehn Abgeordnete haben sich an das Volk gewandt und es zu Unruhen aufgefordert. Dieser Schritt hat keine Mißbilligung in der Reichsduma her-

vorgefunden. In den letzten Tagen ihres Bestehens hat die Duma dann erklärt, daß die Regierung ungesetzlich handle, indem sie der Bevölkerung die Natur des von der Duma vorgelegten Agrargebietes auseinandersetze. Die Duma hat dann den Beschluß gefaßt, sich mit einer Erklärung an das Volk zu wenden, in der sie dieses überredete, der Regierung in dieser Angelegenheit keinen Glauben zu schenken und die Lösung der Frage durch die Duma abzuwarten. Schließlich haben mehrere Abgeordnete Agitationsreisen in das Innere Rußlands unternommen, und ihr Erscheinen hat eine Wiedernahme von Unruhen, Judenhegen und Umständen zur Folge gehabt. Alle diese Gründe haben zu dem Entschlusse geführt, die Duma aufzulösen.

* St. Petersburg, 26. Juli. In den Arbeitervierteln herrschte gestern Ruhe. In einer großen Versammlung von Arbeitern der Butilowischen Fabriken gelang es nach erregten Debatten den gemäßigten Elementen, den Heißspornen von der Veranstaltung eines allgemeinen Ausstandes abzuraten. Andere Versammlungen verliefen gleichfalls ruhig. Die Tendenz, eine abwartende Politik zu befolgen, ist vorherrschend. Vertreter der äußersten Linken sprachen sich in dem Sinne aus, daß ein Ausstand gegenwärtig nicht zweckmäßig sei. Die Zahl der Ausständigen in St. Petersburg beläuft sich auf 7000. Das Zentralausstandskomitee hat an alle Fabriken eine Bekanntmachung versandt, daß es notwendig sei, sich des politischen Aufstandes zu enthalten. Eine ähnliche Bekanntmachung wird auch den Eisenbahnverbänden zugestellt werden.

* St. Petersburg, 25. Juli. Seit vorgestern wurden in St. Petersburg 250 Verhaftungen vorgenommen, darunter das ganze sozialistisch-revolutionäre Zentralkomitee.

* St. Petersburg, 26. Juli. Die Regierung scheint die heimkehrenden ehemaligen Dumaabgeordneten in keiner Weise verfolgen zu wollen. Die Moskauer Behörden wurden davon verständigt, daß irgendwelche Repressivmaßnahmen nicht wünschenswert erscheinen, nur soll verhindert werden, daß die ehemaligen Dumamitglieder in Versammlungen ihrer Wähler über die Tätigkeit der Duma berichten. Gestern hielten 100 Mitglieder der Kadettenpartei eine Beratung in dem finnländischen Badeort Deryoki ab, in der ein Beschluß über den Rechenschaftsbericht der Abgeordneten an ihre Wähler gefaßt wurde. Die Versammlung sprach sich gegen die revolutionäre Bewegung, jedoch für Durchführung der in Wiborg gefaßten Beschlüsse aus und betonte die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen, um der Partei in der neuen Duma möglichst viele Sitze zu sichern.

* St. Petersburg, 26. Juli. Sechs gewählte Reichsratsmitglieder, darunter auch ein Vertreter der Wissenschaft, haben ihre Mandate niedergelegt.

* St. Petersburg, 26. Juli. Die mit der Ausarbeitung eines Auswanderungsgesetzes betraute Kommission stimmte in ihrer gestrigen Sitzung der Bestimmung zu, wodurch Dampferunternehmen verpflichtet werden, mit den Auswanderern schriftliche Verträge über den Fahrpreis und die Verpflegung abzuschließen. Vereinbarungen über die Zahlung des Fahrpreises usw. erst nach Ankunft an dem Bestimmungsorte oder eine Beschränkung in der Freiheit der Auswanderung ist unzulässig.

* Moskau, 26. Juli. Eine Konferenz von Angehörigen der extremen Parteien sprach sich gegen den Streit aus. — In Moskau wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es verlautet, die revolutionäre Organisation sei völlig vernichtet. Die Führer der Organisation im Geere sind verhaftet. Die Werkstätte, in der die Bomben hergestellt wurden, ist entdeckt.

* Moskau, 26. Juli. Bei der Schließung des Blattes „Mysl“ wurde bei der Hausdurchsuchung der Redakteur und ehemalige Dumaabgeordnete Solozkow verhaftet. Die Behörden sind fest davon überzeugt, daß revolutionäre Ausbrüche nunmehr für längere Zeit unmöglich sind.

Die großen Septembertage in Karlsruhe.

Von A. v. Freydoz.

V.

Der eigentlich landwirtschaftliche Teil der Ausstellung.

Maschinen, Getreide, Gemüse, Obst.

(Schluß.)

Horch! Eben hat im Musikpavillon die Lohengrinweise ertönt, da muß man die wissenschaftliche Neugier einen Augenblick unterbrechen, den herrlichen Tönen zu lauschen. — Am besten dort in der Weinstube, wo von freundlichen Marktgräserinnen freubenz, die besten Sorten der badischen Weine glasweise zum Verkauf kommen. So, von melodischen Tönen umschwirrt, läßt sich noch besser kosten, und da zugleich die Preise angeben und die Produzenten, bei denen diese Edelmarken erhältlich, so ist die beste Gelegenheit gegeben, sich einen reinen, edlen, köstlichen Sekt- und Sekttrunk in den Keller zu legen. Ringsum auf den Schäften stehen sie in langen Reihen die grünlangbalsigen Flaschen, eine stolzer als die andere mit ihren rühmreichen Etiketten prahlend, alles die allbekannten Badener Namen, die Marktgräser, Affenthaler,

3 Mühlen an der Pösch
Laufigsappermoicht
Trinkt mer nit e guete Wi
Gohrt er nit wie Baumöl i,
3 Mühlen an der Pösch.

Etwas mitleidig sehen diese Weine hinüber auf jene Schäfte, wo sich die, in ihren Augen natürlich überbürtigen Kollegen, die Obstweine, mit eingebängelt haben: die Äpfel, Birnen, Kernobst, Beerenweine. Die aber machen sich gar nichts draus aus der Fülle derer, die sie umgeben und sagen: „Raum für alle hat die Halle gut u. echt sind wir u. gesund erst recht im heißen Sommer und ein ganz respektables Publikum haben wir auch schon!“

Doch diese 21 Meter lange Halle beherbergt neben den aristokratischen Weinen, dem bürgerlichen Most, noch mehr das bäuerliche Element der „gebrannten Wasser“: den Schnaps. Der ist auch nicht zu verachten, und e guets Christiwässerle hat Beredsamkeit selbst bei Hof. Doch darf er, wie alles in diesem Zelt, nur ein echter Badenferd und nur aus folgenden Rohstoffen hergestellt sein: Roggen, Malz, Früchte, Trester und Gefe.

Jetzt ist aber genug mit all den geistigen Getränken, gestärkt sind wir genügend — und zu viel wäre von Uebel — eine tüchtige Aufgabe steht uns noch bevor — dort die schier 100 Meter lange Halle birgt ja fast den Hauptschau der Ausstellung, und wir haben noch keinen Blick hinein getan!

Wie schön der Eingang mit Wehren und Fruchtgewinden geziert ist. Rechts schaltet Ceres, links Pomona. Wenden wir uns zuerst der letzteren zu.

Schon der Duft, der uns hier entgegenströmt, ist köstlich und erfrischend. Nun, für eine Obstausstellung ist ja gerade auch der Herbst der günstigste Augenblick. Der ganze badische Obstbau macht sich hier breit, wohlgeordnet nach Bezirken, Gemeinden und Ausstellern. Auch, um den belebenden Zweck zu fördern, sind die Sorten stets richtig bezeichnet und außerdem ist eine Musterammlung der empfehlenswerteren Obstsorten für die verschiedenen Bodenarten, Höhenlage und Landesteile zusammengestellt. Da mag mancher, dem kein Obstgarten nicht gehörig tragen will, einen aufklärenden Fingerzeig erhalten und wer weiß: der Aufwand für seine Ausstellungsreise erweist sich ihm in den kommenden Jahren um's Doppelte und Dreifache. Dann hat er das Vergnügen umsonst und die Erinnerung abendlein!

Auch die Verwaltung von Wasser- und Straßenbau hat sich ja hervorragend beteiligt an dieser Ausstellung! Ganz stolz bringt sie ihr Strahlenobst zur Schau: herrliche Birnen und Äpfel, und so es Frühjahrs wäre, könnte sie auch getrenntweise die kleinen Süßkirschen dazustellen, daraus der Schwarzwalder sein Christiwässerle brennt. Weil die nun aber mangelt, so zeigt sie die Vogelbeeren, die den Krametsbögen hauptsächlich zugute kommen, denn die Alleebäume sollen nicht allein Schatten spenden, sie haben auch ein Erträgnis abzuliefern und kommen

* Odeffa, 25. Juli. Einzelne Versuche, die Ordnung zu stören, wurden sofort unterdrückt. Die in den äußersten Stadtbezirken wohnenden Juden wagen noch nicht, in ihre Wohnungen zurückzukehren. In der Nacht fanden im Hofe des Judenhospital's etwa 10 000 Personen Unterkunft. Nachts wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Truppenteile passieren unaufhörlich die Straßen. Die Kasernen der Kosaken bleiben nach wie vor von Truppen umzingelt.

Gegen die Interventionsgerichte.

* Berlin, 26. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der „Vorwärts“ will in seinen beiden letzten Nummern den Interventionsgerichten einen neuen Anhaltspunkt geben. Er behauptet, daß Deutschland über Preußen an einem Abkommen beteiligt sei, durch welches die angeblich von dem Verlaufe der Dinge in Rußland zu gewärtigende Erhebung eines autonomen Bolens verhindert werden solle. Damit nicht aus unserem Schweigen falsche Schlüsse gezogen werden, stellen wir hiermit fest, daß eine derartige Abmachung zwischen Deutschland oder Preußen einerseits und Rußland oder Oesterreich-Ungarn oder beiden Mächten andererseits nicht existiert.

* Köln, 25. Juli. Gegenüber einer in der Petersburger „Nowoje Wremja“ enthaltenen Besprechung einer angeblichen Aeußerung der „Köln. Ztg.“, Rußland könne im Falle einer Diktatur auf die Unterstützung Deutschlands rechnen, ist festzustellen, daß dies eine vollkommen falsche Behauptung ist. Tatsächlich hieß es in dem Telegramm aus Petersburg in Nr. 774 der „Köln. Ztg.“: „Mein Gewährsmann wies darauf hin, daß für den Fall revolutionärer Ereignisse beschlossen sei, zur Diktatur zu greifen und zwar um so mehr, als man Grund habe, auf die moralische Unterstützung der westeuropäischen Regierungen zu rechnen.“

* London, 25. Juli. Unterhaus. Der konservative Abgeordnete Turnour richtete an die Regierung die Anfrage, ob sie der russischen Regierung ihre guten Dienste anbieten wolle zur Neubildung der Duma. Der Premierminister erwiderte, er wisse nicht, ob Turnour im Ernste Beantwortung seiner Frage wünsche. (Beifall bei den Ministerellen.) Seine Antwort auf die Anfrage sei verneinend. Daraufhin wollte Turnour weiter fragen, ob Bannerman in einer kürzlich gehaltenen Rede nur seine Privatansicht geäußert habe, doch verbot die ihn der Sprecher daran mit dem Bemerkens, daß eine solche Frage vorher angemeldet sei. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erwiderte Unterstaatssekretär Runciman auf eine Anfrage, daß die Regierung Grund habe zu glauben, daß sich auf den Akaandsinseln nunmehr russische Truppenteile befänden.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 26. Juli.

* (Zubüßausstellung für Kunst und Kunstgewerbe Karlsruhe 1906.) Kommen Samstag den 28. Juli, vormittags 11 Uhr, wird die Ausstellung feierlich eröffnet und von 2 Uhr nachmittags ab dem Publikum zugänglich gemacht werden. In Hinblick hierauf dürfte es angezeigt erscheinen, nachstehend die Geschichte der Ausstellung zu skizzieren. In mehreren Vorstandsitzungen des Badischen Kunstgewerbevereins wurde bereits gegen Ende des Jahres 1904 die Frage erörtert, in welcher Weise das badische Kunstgewerbe sein Scherflein zu der Feier des goldenen Jubeljahres unseres Großherzogtums paars im Jahre 1906 beitragen könne. Allgemeine Zustimmung fand der Vorschlag, in den Sommermonaten des Jubeljahres eine kunstgewerbliche Landesausstellung in Karlsruhe zu veranstalten. Die weiteren Veranstaltungen des Vorstandes im Anfang des Jahres 1905 betrafen dann die Maßfrage und die Beschaffung der Mittel für die Ausstellung. Im Februar desselben Jahres einigte man sich auf ein vom Vorsitzenden, Direktor Hoffacker, vorgeschlagenes und in einer Reihe von Sitzungen festgelegtes Projekt, wonach die Ausstellung in der Art der nordischen Freilichtmuseen gedacht war und wenigstens das Hauptausstellungsgebäude als Grundstod eines zu errichtenden Volksmuseums dauernd für Ausstellungszwecke erhalten werden sollte. Die alsbald unternommenen Schritte zur Gewinnung der nötigen Geldmittel führten aber nicht zu dem gewünschten Erfolge, auch ergaben sich Schwierigkeiten in bezug auf das in Aussicht genommene Gelände für die Ausstellungsbauten. In ausdöhrlicher Weise wurde darauf von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog und Ihren Großherzoglichen Hoheiten den Prinzen Karl und Magimiliana das Marktgräfliche Palais für das Unternehmen zur Verfügung gestellt. Jedoch ergaben wiederholte Besichtigungen von Seiten der Vorstandsmitglieder, daß die vorhandenen Räume wohl zur Unterbringung einzelner kunstgewerblicher Industriezweige in Betracht kommen könnten, daß dagegen für den wichtigsten Teil einer heutigen Kunstgewerbeausstellung, für die sogenannte Raumkunst, besondere Bauten im anstehenden Marktgräflichen

Menschen und Tieren zugut! Augustenberg ist hier wieder vertreten. Natürlich, der Schulgarten will doch zeigen, wach feines Spalierobst seiner sorgsamten Pflege erwachsen ist.

Und nun hinüber in Ceres' eigenes Reich! Wie ein buntes Mosaik breitet es sich da aus vor unfern unbewundernden Augen der Sommerernte mannigfaches Bild. Was das Feld nur bringt, ist hier gezeigt und reizend geordnet in Garben und einzelnen Halmen: Weizen, Roggen, Hafer, der goldene Mais und die buntschattige Wagne. Und nun erst die Kartoffeln, welche Fülle von Sorten, von der die sich brühet als „made in Germany“ in goldenen Schüsseln, auf der Hofafel des Königs von England zu stolzieren — bis zu der einfach gewöhnlichen, deren größter Stolz es ist, in gehäuften Massen auf den Bauernstäben ausgeschüttet zu werden. Ja die Rüben, sie sind auch nicht zu verachten, der große Kaiser Wilhelm hatte eine ganz besondere Vorliebe dafür und ließ sich manchmal selbst beim Diner eine kleine Schüssel davon extra als Zugabe servieren. „Es ist durchaus kein plebeischer Geschmack“, erklärte er einmal seiner Tischnachbarin, „selbst ein römischer Kaiser ließ sich solche Rüben aus Germanien nach Rom kommen.“

Da sind die weltberühmten Schwabinger Spargeln, da sind die buttelartigen, schneeweißen Blumenkohl, Pot- und Weißkohl, größer als Kinderköpfe und hinwiederum winzig feine Erbschen, da sind Wirsing, Bohnen, Gelberüben, Sorten, die in Gärten gezogen werden und solche, die dem Massenkonsum dienen und deswegen sich zum Feldgemüsebau eignen, wie er z. B. an der Bergstraße betrieben wird.

Für heute sind wir zu Ende; es war fleißige Arbeit des Beschauers. Halt dort noch die Samenammlung: wie ein Teppichmuster ihrer verschiedenen Sorten aneinandergereiht: Weizen, Roggen, Gerste, der goldene Mais — und so fügt sich unter heutigem Mundgang wirklich zum Kreis, bei dem sich das Ende dem Anfang wieder anreihet: wir haben bei der Dreschmaschine die goldenen Körner der Ernte entfallen: hier liegen sie bereit zu neuer Saat: ein Bild des Kreislaufs irdischer Dinge.

Garten erstellt werden müßten. Aber auch hierfür waren größere Geldmittel erforderlich, welche zunächst auch nicht flüssig zu machen waren. Man kam deshalb auf einen früher schon erwogenen Plan zurück, eine kleine gewählte Ausstellung kunstgewerblicher Erzeugnisse in die unteren Räume des Kunstgewerbemuseums und etwa nötig werdende Anbauten im Hofe zu legen. Die Künstlergesellschaft Karlsruhes hatte ihrerseits für die Sommermonate 1906 eine Kunstausstellung im Kunstvereinsgebäude in Aussicht genommen. Die Vorbereitungen für diese beiden Sonderausstellungen waren bereits im Gange, als im Februar d. J. von beiden beteiligten Seiten das Bestreben zu Tage trat, die geplanten Ausstellungen räumlich zu vereinigen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Vertretern der Karlsruher Künstler und der Vorstandsmitglieder des Badischen Kunstgewerbevereins am 13. März d. J. wurden die endgültigen Vereinbarungen getroffen. Für die Kunstausstellung wurde das obere Geschloß des Markgräflichen Palais' bestimmt, wobei aber für die Malerei größere Oberlichtsäle in die beiden Höfe einzulegen waren. Die für das Kunstgewerbe nötigen Ausstellungsräume mußten im Garten errichtet, einzelne Zweige konnten auch in den weniger für die Kunst geeigneten Sälen des Palais' untergebracht werden. Erst im darauf folgenden Monat konnte mit den Bauten begonnen werden. Hienzu wurde dann noch auf den Fortgang der Arbeiten die Schwierigkeit der Beschaffung genügender Arbeitskräfte. Mehrere bereits angemeldete, von Künstlern entworfene Räume wurden in der Folge wieder zurückgezogen, weil sie nicht rechtzeitig fertigzustellen waren. Auch manches für die Kunstausstellung angemeldete Gemälde ist der Kürze der Zeit wegen nicht fertig geworden. So war eine umfassende Darstellung der badischen Kunst und des Kunstgewerbes aus den angegebenen Gründen nicht möglich und der ursprüngliche Plan konnte nur teilweise verwirklicht werden. Möge die Ausstellung aber auch in dieser Beschränkung der badischen Kunst und dem Kunstgewerbe zum Nutzen gereichen und sich würdig den mannigfaltigen Veranstaltungen einfügen, welche anläßlich des Ehejubiläums unseres Herrscherpaars in Aussicht genommen sind.

(Der Karlsruher Werkverein) hielt gestern nachmittags im Nebenraum des Hotels zum „Schwarzen Adler“ seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Fischer, berichtete über den vor kurzem in Breslau stattgehabten Bundestag deutscher Gastwirte. Die große Frage des Tages sei die Brausewein gewesen, die die süddeutschen Verbände nicht interessieren, da sie mit derselben nichts zu tun haben. Zu weiteren lebhaften Debatten habe die „Gründung eines Reichsverbandes“ geführt, der die Vereinigung der großen Verbände zum Zweck habe bezweckt gleichlautender Eingaben an die parlamentarischen Körperschaften. Herr G. Ehret berichtete über die Verhandlungen, die über die Sterbekasse geführt worden waren, die von Neuem den Vereinen erbracht, daß diese Institution zu den fernsteinsten des Bundes gehöre. In der sich anschließenden Debatte wird behauptet, daß über die Ausgaben der Sterbekasse in Höhe von rund 27 000 M. für Reisekosten keine nähere Auskunft gegeben worden sei. Der badische Verband als zweitgrößter des Bundes habe jedenfalls ein Anrecht darauf, Kenntnis von diesen Ausgaben zu haben. Dem gegenüber erklärt Herr G. Glaßner, daß die Vorstandsmitglieder den Beamten des Reichsversicherungsamtes, unter dessen Aufsicht die Kasse stehe, genaue Rechnungen über die Ausgaben ablegen müßten. Von einer anderen Seite wird eine detaillierte Aufstellung über die hohen Ausgaben verlangt. Im allgemeinen ging die Ansicht dahin, daß eine Aufklärung geboten erscheine und daß dieselbe auf dem nächsten Bundestag in Frankfurt a. M. gegeben werde. Das Besondere sei, wenn auf den Bundestagen den Delegierten der Verbände ein Rechtsanwalt zur Seite stehe. Herr G. Glaßner berichtet sodann über die seit drei Jahren bestehende Gastwirtschaftsklasse, die jetzt gleichfalls dem Reichsversicherungsamt unterstellt sei und zu den trefflichsten Wohlfahrtseinrichtungen des Bundes gerechnet werden dürfe. Endlich müsse der Gastwirtschaftzeitung gedacht werden, die vortrefflich prosperiere und ein wertvolles Besitzobjekt des Bundes bilde. Die Debatte führte sodann zur Erörterung von Fragen interner Natur. Dabei wurde in der Debatte beklagt, daß seitens des städtischen Tiefbauamtes den Arbeitern der Straßenreinigung und Kehrichtabfuhr verboten sei, ihr Frühstück in Wirtschaften einzunehmen. Auf Anfrage des Vorstandes des Vereins wurde mitgeteilt, daß diese Einrichtung aus dienstlichen Gründen getroffen worden sei. Schließlich gelangte die Frage der einheitlichen Regelung der Feiertagsstunden in den großen Städten zur Sprache und wird seitens des Verbandvorsitzenden Glaßner erklärt, daß in dieser Angelegenheit eine Eingabe vorbereitet werde. Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, der Karlsruher Verein möge jetzt schon an das Bezirksamt in Karlsruhe eine dahingehende Eingabe machen. Die Angelegenheit wird auf die nächste Versammlung verlagert. Im Schluß der Sitzung regt Herr M. Schleich die Bildung einer Krankenkasse für Dienstboten im Kunstgewerbe an, wie solche in anderen Städten mit Erfolg beständen. Nachdem der Vorstand beauftragt war, die Frage einer Prüfung zu unterziehen, wird die Sitzung gegen 7 Uhr geschlossen.

(Stadtgartenfest.) Der bereits zweimal an- und wieder abgehaltene „Italienische Abend“ konnte gestern endlich zur Freude der überaus zahlreichen Besucher bei angenehmer warmer Witterung stattfinden. Der schöne Garten präsentierte sich wieder einmal bei der hellen Beleuchtung in voller Sommerpracht, bunt belebt durch viele hunderte von gelben und roten Lampen, die aus dem dichten Laub der Bäume lustig hervorstrahlten, dazwischen erstarrten auch einzelne Partien am See in bengalischem Lichte, das die lustwandelnden Menschengruppen, aus denen die sommerlich hellen Kostüme der Damen sich anmutig hervorhoben, hell beleuchtete. Und zu alledem die vortreffliche Musik der Leibgardikapelle unter der bewährten Leitung Musikdirektor Voetiges, der gestern ausschließlich italienische Kompositionen aufs Programm gesetzt hatte. Besonders beifällig wurden die bekannten Weisen Leoncavallos (Vajazzo) und Verdis aufgenommen.

(Die Ziehung der Bad. Note Kreuzlotterie) wurde vom 21. Juli auf 9. August d. J. verlegt, wird jedoch an diesem Tage garantiert stattfinden. Es kommen über 3300 nur Geldgewinne ohne Abzug zur Auszahlung, Hauptgewinn 15 000 M., Lose à 1 M., 11 Lose 10 M., Porto und Liste 30 Pf., sind, so lange Vorrat reicht, in allen bekannten Losverkaufsstellen zu haben.

S. Mannheim, 25. Juli. Durch Selbstentzündung sind in den letzten Tagen zwei Kohlenlager in Brand geraten. In dem einen Fall handelt es sich um ein 5000 Zentner umfassendes Braunkohlenbrüttlager der Firma Maab, Rarther u. Co. am Binnenhafen, im anderen Falle um 8000 Zentner englische Flammkohlen, die bei der Firma Kiefer und Streiber, Fruchtbahnstraße, lagen und der Firma Hugo Daniels in Düsseldorf gehören.

w. Forzheim, 26. Juli. Auf der Fahrt von Mülhausen an der Würm nach Forzheim stürzte eine Kutische eine hohe Böschung hinunter. Hierbei kamen der Kutische und einer der vier Insassen so unglücklich unter den Wagen, daß sie sofort tot waren. Die übrigen drei Personen erlitten nur leichtere Verletzungen. Auch ein Pferd wurde durch den Absturz erschmettert.

Baden, 26. Juli. In die Reihe der außerordentlichen Veranstaltungen der diesjährigen Saison tritt ein am nächsten Sonntag den 29. Juli stattfindendes Großes Sommer-nachtsfest mit italienischer Nacht, Illumination des Konversationshauses und Umgebung und großem Doppelfonzert. Das

letzte wird ausgeführt von dem städtischen Orchester im Verein mit der Kapelle des 2. Badischen Dragonerregiments Nr. 21 aus Bruchsal.

Offenburg, 25. Juli. Ein höchst ereignisreicher Tag in der Entwicklungsgeschichte der Stadt Offenburg wird der kommende Sonntag — 29. Juli — bilden. An diesem Tage findet die offizielle Feier der Eröffnung des neuen städtischen Schlachthofs und des neuen städtischen Elektrizitätswerks statt. Diese beiden, nach dem neuesten Stande der Technik angelegten Werke sind Musteranlagen und verursachten einen Kostenaufwand von zusammen 700 000 M. Für die Eröffnungsfeier ist ein reichhaltiges Festprogramm aufgestellt. Bei Eintritt der Dunkelheit werden die schönen Zwingeranlagen elektrisch beleuchtet. Die Befichtigung der Werke ist am Eröffnungstage jedermann unentgeltlich gestattet.

w. St. Märien, 25. Juli. Seine königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg unternahm sich einer gut verlaufenen Operation. Am rechten Fuße wurde zur Erleichterung des Gehens eine Sehnenburchtrennung vorgenommen.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen. Landwirtschaftliche Besprechung am Sonntag den 29. Juli in Gengenbach. Generalversammlung des Konsum- u. Abgabvereins am Sonntag den 5. August in Wies. Generalversammlung des Getreidelagerhauses am Sonntag den 5. August in Buchen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Miel, 26. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin traf mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise nebst der Umgebung hier ein und begab sich nach der Villa des Prinzen Alalbert. Die Kaiserin gedenkt den Vormittag hier zu bleiben und sich am Nachmittag mit dem Prinzen und der Prinzessin auf der „Undine“ einzuschiffen und in See zu gehen.

Berlin, 25. Juli. Reichskanzler Fürst Bülow hat an die Deutsche Vereinigung in Shanghai folgendes Schreiben gerichtet: Der Deutschen Vertretung beehre ich mich, den Empfang des gefälligen Schreibens vom 3. Januar d. J. zu bestätigen. Ich habe daraus ersehen, daß anläßlich der jetzigen Unruhen dort die Versorgung laut geworden ist, die deutschen Interessen in Shanghai könnten an antilider Stelle nicht die ihnen gebührende Berücksichtigung finden. Es bedarf keiner besonderen Veriderung, daß diese Annahme unzutreffend ist. Ich benutze indes gern diesen Anlaß, um ausdrücklich zu betonen, daß die Reichsregierung die Entwicklung des deutschen Handels in China mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt und sich den nachdrücklichsten Schutz von Leben und Eigentum der dortigen Deutschen stets angelegen sein lassen wird. Shanghai und die anderen deutschen Gemeinden in China können mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung der dort vertretenen deutschen Interessen stets darauf rechnen, daß ihnen jeder mögliche Schutz durch die amtlichen deutschen Vertreter und nötigenfalls durch die deutsche Flotte zu teil werden wird. (gez. Bülow.)

Bonn, 26. Juli. Heute vormittag fand in der Gymnasialkirche die Kongregation des altkatholischen Bistums Demmel durch den Erzbischof Gul aus Utrecht statt.

Wien, 25. Juli. Ein Erlass des Unterrichtsministeriums beschränkt für 1906/7 wieder die Aufnahme ausländischer Hörer an der technischen Hochschule nach Maßgabe der verfügbaren Plätze.

Wien, 25. Juli. An Stelle des verstorbenen Dichters Ferdinand v. Saar soll Peter Rosegger in das Herrenhaus berufen werden.

Paris, 25. Juli. Präsident Fallières empfing heute im Elysee den Major Drehsus, der ihm von Josef Greinach vorgelegt wurde.

Paris, 26. Juli. Nationalistische Blätter berichten, daß es bei einem von Artillerieoffizieren der Kavallerie veranstalteten Festmahl zu einem Austritt zwischen dem Major Drehsus und einem anderen Offizier gekommen sei, welcher sogar eine Verhaftung zur Folge gehabt hätte. „Petite Republique“ versichert dagegen, daß das Festmahl, welchem Drehsus beiwohnte, einen durchaus kameradschaftlichen Charakter getragen habe.

Konstantinopel, 25. Juli. Die Gerüchte über die Haltung der Schumächte Krekas sind unzutreffend. Einen Tag nach der Kundgebung der freiesinnigen Nationalversammlung gaben die Konjunktur der Schumächte der freiesinnigen Regierung im Namen ihrer Kabinette die Erklärung ab, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Aenderung der Verfassung unmöglich sei.

Konstantinopel, 26. Juli. Die Nachrichten über die bereits erfolgte dreiprozentige Zollserhöhung sind unzutreffend. Die Boten haben die Note der Porte vom 18. Juli ihren Regierungen mitgeteilt, welche auf Grund derselben über das englische Memorandum, betreffend die geforderten Garantien für die Vermeidung der erhöhten Zolleinnahmen untereinander verhandeln. Die Einzelheiten über das Arrangement zwischen der Porte und der Dette publique, betreffend die Kontrolle über die Erhebung der erhöhten Zölle sind noch nicht festgesetzt worden.

Teheran, 25. Juli. Die Zahl der in die britische Gesandtschaft Geflüchteten hat noch erheblich zugenommen. Das Volk verlangt den Rücktritt des Großveziers. Die Lage wird als kritisch angesehen.

Verschiedenes.

(Telegramme.)

Königin Wilhelmine der Niederlande.

Haag, 26. Juli. Das gestern über das Befinden Ihrer Majestät der Königin ausgegeben Bulletin lautet: Der Gesundheitszustand der Königin ist zufriedenstellend. Die Königin hat die Nacht ruhig verbracht.

Aus Amsterdam wird telegraphiert, daß Königin Wilhelmine, die am Dienstag mit einer Frühgeburt niedergekommen ist, sich außer Lebensgefahr befindet. Nicht nur das niederländische Volk, alle Welt wird mit der jungen Königin trauern, die nun zum drittenmal in so graufamer Weise um ihre Hoffnung betrogen ist. Es gab niemanden, der mit dem „Meinen Mädchen“ auf dem Throne, das ein so liebes Gesicht zeigte und von dem man so viel Naturreichtes und Ursprüngliches berichtete, nicht aufrichtige Sympathie empfunden hätte, und man begriff die Niederlande, wenn sie auf die junge Königin stolz waren, als sie in frohender Gesundheit als letzte Oranien dem Manne, den sie gewährt hatte, zum Altar folgte. Sie nahm das Leben nicht leicht, sondern widmete sich mit allem Fleiß und Eifer den Regierungsgeschäften, in die sie sich von ihren Ministern ein-

weißen ließ. Im August 1898 wurde die Proklamtion erlassen, durch welche Wilhelmine nach zehnjähriger Regenschaft ihrer Mutter die Regierung selbst übernahm. Nicht oft ist einem gekrönten Haupte so enthusiastisch gehuldigt worden, wie diesem jugendfrischen Mädchen bei seinem feierlichen Einzuge in Amsterdam. Damals hatte sie gesagt: „Schön ist mein Beruf, schön ist meine Aufgabe. Ich bin glücklich u. dankbar, das niederländische Volk regieren zu dürfen. Ein Volk, kein an Zahl, doch groß an Kraft und Charakter.“ Am 7. Februar 1901 vermählte sie sich mit dem Prinzen Heinrich von Mecklenburg-Schwerin, und die Glückwünsche ihres Volkes begleiteten sie, als sie als junge Ehegattin nach Schloß Loo zog. Seitdem ist ihr aber das Glück untreu geworden. Im September 1901 erkrankte sie, und eine Frühgeburt vernichtete die Hoffnungen, welche sie und ihr Volk gehegt hatten. Man fürchtete für ihr Leben, doch überwand sie die Krankheit und wurde wieder hergestellt. Im April des folgenden Jahres wiederholte sich das Unglück — diesmal litt sie an einem typhösen Fieber und es mußte ein künstlicher Eingriff die Frühgeburt herbeiführen. Viele Tage lang schwebte die junge Königin zwischen Leben und Tod, aber die Jugendkraft siegte und sie gesundete abermals. Als nun das dritte Mal die Hoffnung auf einen Thronerben auftauchte, umgab man die Königin mit aller nur erdenklichen Sorgfalt und Voracht. Sie durfte auch bei der Membrandfeier vorige Woche nicht erscheinen. Um so bitterer wirkt die Enttäuschung, welche ihr wieder bechieden war, um so größer ist das Mitgefühl, das man der erst 26-jährigen Königin widmet.

Berlin, 25. Juli. Der „Lokalanz.“ berichtet: Während der Doberaner Rennstage wurden 10 Berliner Buchmacher wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels festgenommen.

Jena, 25. Juli. Im Stadtmuseum wurde eine Ausstellung zur Erinnerung an die Schlacht von Jena eröffnet.

Dortmund, 26. Juli. Im Borussiaprozess wurde der Angeklagte, Betriebsführer Rauter, freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Frankfurt, 25. Juli. Dem Landtage soll in der nächsten Session eine Vorlage über die Anlegung einer Talsperrre im Taunus zugehen.

München, 26. Juli. Aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums der Teerfarbenindustrie hat die Technische Hochschule in München dem Dr. Perkin aus London die Würde eines Doktor der technischen Wissenschaften ehrenhalber verliehen.

Büsch, 25. Juli. Fast das ganze Dorf Scheid in Graubünden ist abgebrannt.

Paris, 26. Juli. Aus Modane wird gemeldet, daß der durch das jüngste Unwetter angerichtete Schaden fünf Millionen Frank beträgt. Gegenwärtig arbeiten 500 Soldaten an der Freimachung der Wege.

Stand der Badischen Bank

am 23. Juli 1906.

Aktiva.	
Metallbestand	9 218 476 M. 81 Pf.
Reichskassenscheine	33 855 „ —
Noten anderer Banken	5 019 100 „ —
Wechselbestand	18 215 752 „ 96
Vorbahrforderungen	9 990 340 „ —
Effekten	1 676 965 „ 39
Sonstige Aktiva	2 251 459 „ 67
46 405 949 M. 83 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	2 145 344 „ 18
Umlaufende Noten	24 118 500 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	10 837 318 „ 85
An eine Kündigungssfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	804 786 „ 80
46 405 949 M. 83 Pf.	

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 377 948 M. 19 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 26. Juli 1906.

Die Luftdruckverteilung hat seit gestern eine wesentliche Aenderung erfahren. Ein Hochdruckgebiet mit einem Kern über dem nordwestlichen Meer bedeckt Nord- und Mitteleuropa; nach Westen nimmt der Luftdruck rasch bis zu einer westlich der britischen Inseln erschienenen Depression ab. Das Wetter ist in den Küstengebietern meist heiter und mäßig warm, im Binnenland ist nach vorübergehender Aufklärung neuerdings eine Trübung eingetreten, die bei wenig veränderter Temperatur vorwiegend nachts noch weiter anhalten wird.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 26. Juli 1906, früh.

Lugano Regen 18 Grad; Biarritz heiter 21 Grad; Nizza wolfig 24 Grad; Triest heiter 27 Grad; Florenz wolkenlos 23 Grad; Rom wolkenlos 22 Grad; Cagliari wolkenlos 21 Grad; Brindisi wolkenlos 22 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Relativ. Feucht. in %	Wind	Himmel
25. Nachts 9 ^u 11.	753.2	19.1	12.7	77	NE	bedeckt
26. Morgs. 7 ^u 11.	751.7	17.5	12.5	84	„	„
26. Mittags. 2 ^u 11.	749.5	21.9	15.1	77	„	„

Höchste Temperatur am 25. Juli: 23.6, niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 16.2.

Niederschlagsmenge des 25. Juli: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 26. Juli, früh: Schusterinsel 3.60 m, gestiegen 36 cm; Rehl 3.67 m, gestiegen 15 cm; Wagan 5.19 m, gestiegen 7 cm; Mannheim 4.78 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Druck und Verlaa:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung in der über ganz Baden gleichmäßig verteilten

Karlsruher Zeitung.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Kurze Darstellung des Badischen Verwaltungsrechts

von Professor Dr. Affolter.

Preis brosch. M. 3.80.

Nach einer Einleitung über die Entstehung des badischen Verwaltungsgebietes, Quellen und Literatur des badischen Verwaltungsrechts behandelt das Werk in drei Abschnitten die Organisation der Verwaltung, die Verwaltung der inneren Angelegenheiten und die Verwaltung der Finanzen in einer klaren, übersichtlichen Weise, die es in besonderer Weise geeignet erscheinen lassen, vom badischen Rechtskandidaten als kurzes Lehrbuch in die Hand genommen zu werden. Aber auch dem praktisch tätigen Juristen wird es die rasche Kenntnisnahme der einschlägigen Dinge erleichtern.

Straßburger Post 1904, Nr. 106.

Die Vorschriften über die Ausbildung der Juristen in Baden

auf Grund der Landesherlichen Verordnung vom 17. November 1899 (in der Fassung der Landesherlichen Verordnung vom 27. August 1903) unter Beifügung aller sonstigen einschlägigen Bestimmungen erläutert von Dr. Hermann Weicher, Großh. Staatsanwalt. Zweite neu bearbeitete und erweiterte Auflage. (Mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister.) Preis brosch. M. 3.—

Auch in der 2. Auflage wird das Werk den angehenden Juristen und Verwaltungsbeamten ein wertvoller Führer und allen Stellen, bei denen Praktikanten und Referendare beschäftigt werden, ein willkommenes Hilfsmittel sein.

Zeitschrift für bad. Verwaltung 1904, Nr. 4.

Der Verwaltungsaktuar.

Leitfaden zur Vorbereitung auf die Prüfung der Verwaltungsaktuare. Veröffentlicht mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern von Geh. Oberregierungsrat Freiherr von Bobman. Zweite Auflage. Durchgesehen von Oberamtmann Jacob. Preis gebd. M. 2.80.

Nachtrag, enthaltend die neueren Bestimmungen über Feuerversicherung. Preis M. —.30.

Außer für das Examenstudium wird das Werkchen auch allen denjenigen dienlich sein, welche das weite Gebiet unserer Staatsverwaltung näher kennen zu lernen bestrebt sind. Es scheint uns deshalb diese Bearbeitung auch insbesondere empfehlenswert für Gemeindefunktionäre, hauptsächlich auch für Bürgermeister und Ratschreiber.

Der „Bürgermeister.“ 1902 Nr. 15.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.



Jubiläums - Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe

→ Karlsruhe 1906 ←

im Markgräf. Palais, gegenüber dem Hauptbahnhof. Eröffnung 28. Juli, Schluss Ende Oktober. Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, auch an Sonn- und Feiertagen.

Die jeweils Samstags auf sämtlichen badischen Lokal- und Nebenbahnen, sowie den Stationen der Badischen Staatsbahn gelösten einfachen und in der Jubiläums-Ausstellung abgestempelten Fahrkarten berechtigen innerhalb 3 Tagen zur freien Rückfahrt. Für Schnellzüge Zuschlagskarten erforderlich.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe

Die Eisenbahn-Tarifffrage

Tarifierungskunst und Tarif-Reform

von

Karl Barthold.

Preis 30 Pfennig.

Strassburger Post: . . . Der Verfasser entwickelt in seiner Untersuchung sehr wichtige und praktische Gesichtspunkte, die bei dem bestehenden Meinungs-austausche der Beachtung wohl wert sind.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Eugen von Steffelin

Telephon 261 Grossh. Hoflieferant Kriegstrasse 4

Wohnungsumzüge, Verpackung von Glas-, Porzellan- und Kunstgegenständen, Aufbewahrung ganzer Haushaltungseinrichtungen.

Transport- und Feuerversicherung auf meine Generalpolice ohne Policekosten. B. 229.30.20

Stadtgarten-Theater

Karlsruhe.

Freitag den 27. Juli 1906:

Die Puppe

Operette in 3 Akten und 1 Vorspiel von Edmond Audran.

B. 902.2.2. Auf 1. September d. J. ist dahier eine Kanzlei-Gehilfenstelle durch einen Aktuar mit einer Jahresvergütung von 900 M. zu besetzen. Bewerber haben sich binnen 8 Tagen unter Vorlage von Zeugnissen zu melden. Mosbach, den 23. Juli 1906. Großh. Amtsgericht. Schildenbrand.

Plastersteinlieferung.

Wir haben die Lieferung von rund 3100 qm Plastersteinen in zwei Losen zu vergeben. B. 923.2.2

Das Bedingnisheft liegt auf unserem Geschäftszimmer, Deutschordensstraße Nr. 3 III. Stock, zur Einsicht auf und wird auf Verlangen, soweit der Vorrat reicht, nebst Angebotsvordruck nach auswärts abgegeben.

Die Angebote sind zu dem am Donnerstag den 2. August d. J., vormittags 11 Uhr, stattfindenden Vergebungs-Verhandlung verschlossen, mit der Aufschrift „Plastersteinlieferung“ versehen, postfrei einzureichen. Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage. Freiburg i. B., den 21. Juli 1906. Großh. Bauinspektion II.

Stellungsuchende

Redakteure, Mitarbeiter, Korrespondenten, Expeditionsbeamte, Propagandachefs, Buchdruckereifaktoren, Maschinenmeister, Metzeure, Maschinensetzer, Schriftsetzer

inscribieren vorteilhaft im

„Zeitungs-Verlag“

Zentral-Organ f. d. deutsche Presse

Eigentum und Verlag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Hannover.

Zellenpreis für Stellengesuche 15 Pf.

Der Anzeiger des „Zeitungs-Verlags“ wird Stellensuchenden gegen Vorher-Einsendung von 5 Pfennig pro Nummer portofrei zugestellt. Der Bezug kann mit jeder beliebigen Nummer begonnen und beendet werden.

Drogerie

CARL ROTH

Grossh. Hoflieferant Herrenstr. 26 - Karlsruhe Telephon 180

Grösstes Geschäft

der Drogen-, Kolonial-, Material- und Farbwaren-Branche am Platze 40.39

Sämtliche Bedarfs-Artikel für alle Gute und billige Einkaufsquelle für Lebensmittel Preislisten stehen gerne zu Diensten Prompter Versand nach auswärts.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

B. 903.2.2. Nr. 14962. Karlsruhe. Der Kausler Karl Westermann zu Eggenstein, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Max Oppenheimer hier, klagt gegen seine Ehefrau Katharina geb. Groß, zurzeit Remiremont (Frankreich), unter der Behauptung, daß sie ihn bösslich verlassen habe, mit dem Antrage, die eheliche Gemeinschaft mit dem Kläger wieder herzustellen und in die eheliche Wohnung zurückzuführen.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 4. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf Montag den 8. Oktober 1906, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Karlsruhe, den 20. Juli 1906. Brandl, Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

B. 966.2.1. Nr. 9148. Waldkirch. Der Mechaniker Heinrich Wigger in Waldkirch klagt gegen den Elektroinstallateur Alfred Glison, früher zu Waldkirch, z. Zt. an unbekanntem Orte, auf Grund des Wechsels vom 15. Juni 1906 über 250 M. und der Protokollurkunde vom 18. Juli 1906 mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 250 M. nebst 6% Zins seit 18. Juli 1906 nebst 3 M. Wechselkosten, Kostentragung und vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urteils.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Waldkirch auf

Montag den 3. September 1906, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Waldkirch, den 20. Juli 1906. Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts. Racher.

Verichtigung.

B. 951. Raftatt. Unsere öffentliche Zustellung vom 19. d. M. in der Sache Firma L. Gernsbacher in Bühl gegen Zimmermann August Bahler von Eichenheim, z. Zt. an unbekanntem Orte, wird dahin ergänzt, daß der Kläger noch weiter die Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 15 M. früherer Prozeßkosten beantragt. Raftatt, den 24. Juli 1906. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Hofmann.

Aufgebot

B. 952.2.1. Nr. 10290. Bretten. Der Landwirt Johann Jung in Ruitsh hat als Abwesenheitspfleger beantragt, die verfallene, am 16. Mai 1849 in Ruitsh geborene Katharina Thüre, zuletzt wohnhaft in Bretten, für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verfallene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf 27. März 1907, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verfallenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen. Bretten, den 21. Juli 1906. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Förder.

Aufgebot.

B. 940.3.2. Nr. 6247. Mannheim. Der Gutsbesitzer Johann Behringer von Schönbusch bei Mittelbiberach, vertreten durch die Rechtsanwälte Basser und Lindner hier, hat das Aufgebot des Pfandbriefs der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim, Serie 90, Lit. B, Nr. 4069 zu 1000 M., beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch den 15. Mai 1907, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Saal B anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Pfandlosenerklärung der Urkunde erfolgen wird. Mannheim, den 12. Juli 1906. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts, Abt. I. Hermann.

Bekanntmachung.

B. 964. Nr. A. 11573. Bühl. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Rebmannes Josef Frant von Barnhart ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: Donnerstag den 2. August 1906, vormittags 11 Uhr. Bühl, den 20. Juli 1906. Großh. Amtsgericht. (reg.) Dr. Eitle.

Dies veröffentlicht Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Bönninger.

B. 949. Emmendingen. In dem Konkurs über das Vermögen der Landwirt August Reif Ehefrau Friederike geb. Schöpflin in Bahltingen soll demnächst Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind 1352 M. 55 Pf. verfügbar; zu berücksichtigen sind Forderungen zum Betrage von 4972 M. 51 Pf. Emmendingen, den 25. Juli 1906. Der Konkursverwalter: E. Reiffuß, Rechtsanwalt.

Konkursverfahren.

B. 950. Nr. 154. Freiburg. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Maurermeisters Karl Wagner in Freiburg wurde der Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Samstag den 18. August 1906, vormittags 10 Uhr, verlegt und zugleich zu dem neuen Termin eine Gläubigerversammlung zum Zwecke weiterer Beschlußfassung

über Zusammensetzung des Gläubigerausschusses (Großh. Amtsgericht VI, Zimmer Nr. 11). Freiburg, den 25. Juli 1906. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Hofmann

Konkursverfahren.

B. 948. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Ehefrau Scheffele, Delikatessenhandlung in Karlsruhe, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlussverteilung aufgehoben. Karlsruhe, den 25. Juli 1906. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Ruch.

Bekanntmachung.

B. 965. Nr. 7404. Schönau. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters August Kook in Zell ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen Schlußtermin auf: Montag den 20. August d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht hierseits bestimmt. Schönau, den 24. Juli 1906. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Ruch.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Vereins-Register.

B. 918. Heidelberg. In das Vereinsregister Band I, D. 3, 52, wurde heute der Verein „Vereinsregister des Vereins Deutscher Studenten zu Heidelberg“, mit dem Sitz in Heidelberg, eingetragen. Heidelberg, den 21. Juli 1906. Großh. Amtsgericht.

B. 957. Zum diesj. Vereinsregister wurde heute unter D. 3, 18 eingetragen: und Katholischer Kranken- und Feinlindeinrichtung in Jahnheim.

Jahn, den 21. Juli 1906. Großh. Amtsgericht.

B. 919. In das hiesige Vereinsregister wurde unter Band I, D. 3, 21, der Arbeiterverband für das Baugewerbe, Bezirksverband Lörrach, mit Sitz in Lörrach, eingetragen.

Lörrach, den 20. Juli 1906. Großh. Amtsgericht.

B. 917. Zum Vereinsregister Bd. III, D. 3, 5, wurde heute der Verein „Kauferhäuser e. B.“ in Mannheim eingetragen.

Mannheim, den 16. Juli 1906. Großh. Amtsgericht I.

Bermischte Bekanntmachungen.

Arbeitsvergebung.

Beim Neubau eines Landesgefängnisses in Mannheim sollen die Blech- und Dachdeckerarbeiten und die Hilfsleistungen des Krankenhauses, Torgebäudes, Direktorenwohnhauses, Beamtenwohnhauses II B, der Beamtenwohnhäuser III A und B und der Aufseherwohnhäuser A, B, C, D vergeben werden.

Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserem Bureau, Riebsfeldstraße 17, 3. Stock, täglich von 10 bis 12 und 2 bis 4 Uhr auf. Angebotsformulare sind ebenda gegen Erstattung der Umbdruckkosten erhältlich.

Die Angebote sind verschlossen und mit einer die Arbeitsangabe enthaltenden Aufschrift versehen, bei der unterzeichneten Bauleitung einzureichen. Die Eröffnung der Angebote findet

Montag den 6. August 1906, vormittags 11 Uhr,

im Beisein etwa erscheinender Bieter statt. Später einlaufende oder den Vorschriften nicht entsprechende Angebote finden keine Berücksichtigung. B. 892.2.2

Zuschlagsfrist sechs Wochen. Mannheim, den 21. Juli 1906. Bauleitung für den Neubau eines Landesgefängnisses in Mannheim. Ruce, Regierungsbauinspektor.

Güterverkehr zwischen Basel und den französischen Nordsee- und Aermelmeerhäfen.

Mit Gültigkeit vom 1. August 1906 ist ein neuer direkter Gütertarif — tarif commun international de transit No. 400 — eingeführt worden, durch den der bisherige gleichnamige Tarif vom 1. Juni 1903 ersetzt und aufgehoben wird. Der Tarif ist zum Einzelpreis von 0,40 M. von der Güterverwaltung Basel und dem Verkehrs-Bureau zu beziehen. B. 963. Karlsruhe, den 24. Juli 1906. Großh. Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen.